

**Rede des umweltpolitischen Sprechers
Rainer Deppe**

am 3. Dezember 2014

**Plenum, TOP 1:
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015
(Haushaltsgesetz 2015)**

**Gesetzentwurf der Landesregierung; hier Einzelplan 10 (Ministerium für
Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)**

Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Seit 2010 hat der Umweltminister seinen Haushalt um 28 % auf jetzt knapp 1 Milliarde € erhöht gegenüber 15 % für den gesamten Landeshaushalt. Ich sage das, um das einmal einzuordnen. Dass die Umweltpolitik allerdings um 28 % besser geworden wäre, kann man nun wirklich nicht sagen. Im Gegenteil!

Heute ist die Akzeptanz in Nordrhein-Westfalen für Umwelt-, Klima- und Naturschutz geringer, als sie es vor dem Antritt der rot-grünen Regierung und von Minister Remmel war. Das hat einen ganz entscheidenden Grund: Statt die Menschen für die Umwelt zu begeistern, sehen Sie die Bürger als Gegner an. Ständig versuchen Sie, den Menschen vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. Sie sollen nicht rauchen, sie sollen kein Auto fahren, nicht mit dem Flugzeug fliegen, kein Fleisch essen, nichts im Internet bestellen, keine Weihnachtsbäume aufstellen, nicht in den Zoo gehen, keinen Mais anbauen, die Waldwege nicht verlassen, nicht jagen und keine Leguane halten. Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie sind erst glücklich, wenn Sie allen Menschen ein schlechtes Gewissen eingeredet haben.

„Patriarchalische Attitüde der Grünen“ hat der „Spiegel“ das unlängst genannt. Die Betroffenen merken: Die Regierung ist beratungsresistent. Sie arbeitet nicht mit den Betroffenen, sondern gegen sie.

Ein paar Stichworte, nur aus dem letzten Monat: die Kündigung der Verträge mit den Forstbetriebsgemeinschaften, bevor der Forstausschuss die zugesagten Informationen bekommen hatte. Die Biodiversitätsstrategie: Nahezu alle Verbände beklagen sich in ihren Stellungnahmen, dass man mit ihnen nicht vernünftig gesprochen hat. Der Klimaschutzplan: Trotz zweijähriger Beratung mit Heerscharen von Sachverständigen weiß bis heute niemand, was im Klimaschutzplan der Landesregierung stehen soll. Und wenn Ihre Entwürfe einmal an die Öffentlichkeit kommen, wird nichts Wesentliches mehr zu ändern sein. Diese Erfahrung haben jetzt mittlerweile alle Betroffenen gemacht. Beteiligung und Dialog, meine Damen und Herren, sehen anders aus.



Es gilt das gesprochene Wort!

Übrigens ist auch Ihr Umgang mit dem Parlament nicht in Ordnung. Das muss ich einmal sagen, Herr Remmel. Nach den mehr als dürftigen Antworten im Ausschuss zum Haushalt haben wir 14 kleine, ganz einfache Informationsanfragen zur Mittelverwendung des Jahres 2013 gestellt. Was aber machen Sie? – Sie antworten meinen Kollegen und mir, dass Ihnen das zu viel Arbeit ist und wir die Antwort nicht bekommen. Das ist schon ein starkes Stück. Parlamentariern die Auskunft vor Verabschiedung des Haushalts zu verweigern, wie die Regierung ihre Steuermittel eingesetzt hat, das geht gar nicht!

Wenn es aber darum geht, von anderen Rechenschaft einzufordern und andere zu kontrollieren, dann sind Sie ganz groß, und es kann Ihnen nie schnell genug gehen. Wer überzieht, meine Damen und Herren, muss sich nicht wundern, dass die Bereitschaft, freiwillig etwas im Umweltschutz zu tun, zurückgeht.

Dass die Umweltschutzinvestitionen des produzierenden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen unter dieser Regierung rückläufig sind, dass Nordrhein-Westfalen bei der Windenergie im Bundesländerranking von Platz 12 im Jahr 2008 auf Platz 14 im Jahr 2014 zurückgefallen ist, sind doch die Fakten, die wir hier zu beklagen haben.

Lassen Sie mich noch auf das aus unserer Sicht wichtigste Thema in Ihrem Zuständigkeitsbereich eingehen. Im Gegensatz zu Ihnen verschließen wir nicht die Augen vor der größten bekannten Umweltgefahr in Nordrhein-Westfalen. Deshalb beantragen wir die Erhöhung der Mittel für den technischen Hochwasserschutz um 20 Millionen €. Sie dagegen verschieben den Hochwasserschutz am Rhein vom Jahr 2015 auf das Jahr 2025 und verringern jetzt schon im dritten Haushalt hintereinander die Mittel für den Hochwasserschutz um 25 %, und das, wo wir wissen, dass 85 km Deiche saniert werden müssen, und dass 33 km überhaupt noch nicht untersucht sind. Das ist unverantwortlich.

Diesen Haushalt, meine Damen und Herren, kann man nur ablehnen.